

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 888846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Siegrun Klemmer MdB fordert die Überwindung veralteter Technik: Modern ist nicht die Atomkraft, sondern der Verzicht auf sie.

Seite 1

Wilhelm Schmidt MdB zur Sportförderung unter veränderten Bedingungen: Die Zeit der Sonntagsreden ist vorbei.

Seite 2

Rudolf Binding MdB zum Einsatz der Bundeswehr in Somalia: Prestige und Werbung statt humanitäre Notwendigkeit.

Seite 3

48. Jahrgang / 76

22. April 1993

Modern ist nicht die Atomkraft, sondern der Verzicht auf sie

Energiepolitischer Konsens mit der SPD nur ohne Atomkraft

Von Siegrun Klemmer MdB

Mitglied des Bundestage-Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Bundeswirtschaftsminister Rexrodt scheint unbelehrbar: "Bessere AKW" müssen entwickelt, auf Atomenergie soll nicht verzichtet werden. Erstaunlicherweise verbindet er das mit der Aussage, selbst die modernsten derzeit in der Bundesrepublik arbeitenden Atomkraftwerke seien heute nicht mehr genehmigungsfähig. Was soll man davon halten, nachdem die Atomkraftbefürworter so viele Jahre für diese Technik gerade mit dem Argument geworben haben, deutsche Atomkraftwerke seien die sichersten der Welt? All diese Anlagen sollen jetzt plötzlich nicht mehr genehmigungsfähig sein, müssten sie dann nicht konsequenterweise abgeschaltet werden, anstatt sich weiter die "Option Kernkraft" offenzuhalten?

Dem Minister haben sicher die Ohren geklungen, als jetzt ausge-rechnet RWE-Vorstandsmitglied Dietmar Kuhnt endlich zugab, daß die Versorgungssicherheit in Deutschland auch ohne Atomkraftwerke gewährleistet werden kann. Die Konzernvertreter, bisher immer als Betonfraktion in Sachen Kernkraft verschrien, sind offensichtlich schon weiter als die Bundesregierung. Freilich arbeiten sie, zusammen mit französischen Unternehmen, kräftig an der Entwicklung einer angeblich "inhärent sicheren" Reaktorlinie, die vom Bundeswirtschaftsminister als Zukunftsmodell angesehen wird. Eine solche Zukunft wird es nicht geben, wenn sie nicht gegen weite Bevölkerungskreise, gegen Umweltverbände und SPD durchgepeitscht werden soll.

Es gibt nicht nur keine sicheren Atomkraftwerke, es kann sie gar nicht geben, selbst dann nicht, wenn sich die Wahrscheinlichkeit eines schweren Atomunfalls auf Null reduzieren ließe. Aus drei Gründen.

1. Die Entsorgungsfrage

Noch immer ungeklärt ist die Frage der Entsorgung des Atom-mülls. Die Zwischenlager füllen sich, während Wissenschaftler immer mehr Bedenken gegen mögliche Standorte zur Endlagerung anführen. Das Problem von jahrtausendelang strahlendem Müll läßt sich nicht lösen, Verantwortung für solche Zeiträume können Menschen nicht übernehmen. Die Belastung zukünftiger Generationen mit diesem Problem ist unzumutbar.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Förderer:
Friedrich-Wilhelm-Forschungsinstitut
Bonn



DOUMENTATION**Integration und Verflechtung sind der Schlüssel, aus dem der Frieden ist**

Dieser Schöten MdB, nahm als stellvertretender Delegationsleiter an der Generaldebatte der 82. IPU-Konferenz in Neu-Delhi vom 12. bis 17. April 1988, teil. Wir dokumentieren seine Rede im Wortlaut.

Sehr geehrter Herr Präsident,

sehr geehrte Kolleginnen/Kollegen,

dieser Ort der IPU-Konferenz ist wie kaum ein Zweiter geeignet, uns auf Probleme aufmerksam zu machen, die wir in entfernten Regionen der Welt beobachten können; die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen, ethnopolitische, religiöse, und nationalpolitische Konflikte, soziale Unterentwicklung und ökologische Zerstörungen. Die Gewaltverbrechen zwischen Bevölkerungsgruppen oder Staaten wurden entweder durch das Ende des Ost-West-Konfliktes erst freigelegt oder in ihrer Intensität verschärft. Wir finden an diesem Ort aber auch die Erinnerung an eine der prominentesten Ideen friedvollen zwischenstaatlichen Miteinanders; den Imperativ der Gestaltlosigkeit, geprägt und praktiziert durch Mahatma Gandhi.

Europa ist keineswegs verschont von den beschriebenen unheilvollen Entwicklungen. Politische und soziale Instabilitäten in Osteuropa, die Gefahr vagabundierender Nuklearwaffen, aber auch der lauchbare Krieg auf dem Balkan sind schwere Hypothesen für das Zusammenbrechen GesamtEuropas.

Die politischen und wirtschaftlichen Regionalgemeinschaften in Westeuropa, die KSZE, die EG und die EFTA, haben sich jedoch bislang als solche erwiesen; v.a. die EG ist der Stabilitätsanker Europas. Eine Politische Union Europas könnte aus der EG einen weitpolitischen Akteur machen, der einen effektiveren Beitrag zur Lösung globaler Probleme - Armut und ökologische Zerstörung - leisten könnte. Es gehört zur deutschen Staatsraison, daß die Bundesrepublik ihren außenpolitischen Gestaltungsspielraum nur in den internationalen politischen Institutionen findet.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die soziale Kluft zwischen West und Ost, es gibt sie auch zwischen dem alten Westen und dem neuen Osten in der Bundesrepublik. Nationalistische Extreme und Fremdenfeindlichkeit, auch die Deutschen sind davon nicht gefeit.

Diese Entwicklungen sind besorgniserregend. Aber wir dürfen uns nicht nur mit unseren eigenen Problemen beschäftigen. Glückliche geschichtliche Umstände haben uns Deutschen die staatliche Einheit beschenkt. Die wiedererlangte außenpolitische Souveränität in einer radikal veränderten internationalen Umwelt hat uns vor ein Dilemma gestellt. Die Windstille in der gemächlichen Mäde des Ost-West-Konfliktes entzweit uns der Diskussion über Weichpolitik und internationale Verantwortung. Nun weht uns der rauhe Wind weltpolitischer Ansprüche entgegen, dem wollen wir uns stellen.

Die Diskussion über eine Beteiligung der Bundesrepublik an allen von der UNO für notwendig erachteten Maßnahmen zur Friedensenthaltung und -sicherung ist in der Bundesrepublik noch nicht abgeschlossen. Am Ende wird sich die Bundesrepublik den Pflichten der UN-Charta nicht entziehen, davon bin ich überzeugt.

Frieden in der Welt - das entspricht deutschen Interessen. Was ist der Grund, warum ein deutscher Parlamentarier über die Konfliktslage auf dem subindischen Kontinent besorgt ist. Die Geschichte des Kolonialismus und die Folgen der wirtschaftlichen Erhebungsstrategie durch die reichen Industrienationen gegenüber den Ländern des Südens sollten den Blick für beispielhafte zivilisatorische Errungenschaften Europas nicht verengen. Die EG schuf durch wirtschaftliche Verflechtung und Integration eine Region des Friedens, in der Kriegsgegner zu Partnern werden. Integration und Verflechtung sind der Schlüssel, aus dem der Frieden ist. Das sind die schmerzhaften Lektionen zweier Weltkriege. Es wäre klug, sich diese "Lernknoten" zu ersparen. Der subindische Kontinent gewährt eine dauerhafte Friedenschance, würde sich die SAARC als supranationale Gemeinschaft etablieren und gäbe es eine "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Südsien". Wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung, Konfliktmilderung, politische Vertrauensbildung, vertraglich erklärter Verzicht auf nukleare Ambitionen, multilaterale Abrüstung, sowie vernetzende Verteidigungsstrukturen - diese Politik hätte unsere Unterstützung.

(21. April 1988/ha)

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 888848 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Siegrun Klemmer MdB fordert die Überwindung veralteter Technik: Modern ist nicht die Atomkraft, sondern der Verzicht auf sie.

Seite 1

Wilhelm Schmidt MdB zur Sportförderung unter veränderten Bedingungen: Die Zeit der Sonntagsreden ist vorbei.

Seite 2

Rudolf Binding MdB zum Einsatz der Bundeswehr in Somalia: Prestige und Werbung statt humanitäre Notwendigkeit.

Seite 3

48. Jahrgang / 76

22. April 1993

Modern ist nicht die Atomkraft, sondern der Verzicht auf sie

Energiepolitischer Konsens mit der SPD nur ohne Atomkraft

Von Siegrun Klemmer MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Bundeswirtschaftsminister Rexrodt scheint unbelehrbar: "Bessere AKW" müssen entwickelt, auf Atomenergie soll nicht verzichtet werden. Erstaunlicherweise verbindet er das mit der Aussage, selbst die modernsten derzeit in der Bundesrepublik arbeitenden Atomkraftwerke seien heute nicht mehr genehmigungsfähig. Was soll man davon halten, nachdem die Atomkraftbefürworter so viele Jahre für diese Technik gerade mit dem Argument geworben haben, deutsche Atomkraftwerke seien die sichersten der Welt? All diese Anlagen sollen jetzt plötzlich nicht mehr genehmigungsfähig sein, müßten sie dann nicht konsequenterweise abgeschaltet werden, anstatt sich weiter die "Option Kernkraft" offenzuhalten?

Dem Minister haben sicher die Ohren geklungen, als jetzt ausgerechnet RWE-Vorstandsmitglied Dietmar Kuhnt endlich zugab, daß die Versorgungssicherheit in Deutschland auch ohne Atomkraftwerke gewährleistet werden kann. Die Konzernvertreter, bisher immer als Betonfraktion in Sachen Kernkraft verschrien, sind offensichtlich schon weiter als die Bundesregierung. Freilich arbeiten sie, zusammen mit französischen Unternehmen, kräftig an der Entwicklung einer angeblich "inhärent sicheren" Reaktorlinie, die vom Bundeswirtschaftsminister als Zukunftsmodell angesehen wird. Eine solche Zukunft wird es nicht geben, wenn sie nicht gegen weite Bevölkerungskreise, gegen Umweltverbände und SPD durchgepeitscht werden soll.

Es gibt nicht nur keine sicheren Atomkraftwerke, es kann sie gar nicht geben, selbst dann nicht, wenn sich die Wahrscheinlichkeit eines schweren Atomunfalls auf Null reduzieren ließe. Aus drei Gründen.

1. Die Entsorgungsfrage

Noch immer ungeklärt ist die Frage der Entsorgung des Atom Mülls. Die Zwischenlager füllen sich, während Wissenschaftler immer mehr Bedenken gegen mögliche Standorte zur Endlagerung anführen. Das Problem von jahrtausendlang strahlendem Müll läßt sich nicht lösen, Verantwortung für solche Zeiträume können Menschen nicht übernehmen. Die Belastung zukünftiger Generationen mit diesem Problem ist unzumutbar.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vermin/over-Druck
als wertvollen Rohstoff
Recycling-Papier



2. Die Frage politischer Stabilität

Auch gegen Unfälle unfehlbar abgesicherte Atommeiler werden in politischen Krisenzeiten zu potentiellen Bomben. Die Tätigkeit deutscher Energiefirmen, die zur Zeit im slowakischen Mochovce am Bau eines Atomreaktors sowjetischen Typs beteiligt sind, zeigt, daß die "Option Kernkraft" vor allem ein Programm zur Exportförderung sein soll. "Inhärent sichere" Atomkraftwerke in Krisenregionen sind aber ein Widerspruch in sich.

3. Zusammenhang von Umwelt, Energie und Wirtschaft

Der gebetsmühlenartig hochgehaltene "Standort Deutschland" soll, nach Bundeswirtschaftsminister Rexrodt, "ohne Kernkraft gefährdet" sein. Das Gegenteil ist richtig. Energie im Überfluß führt zu Produkten, die mit ihrem hohen Energieverbrauch in Zukunft nicht mehr gegen sparsame Konkurrenzprodukte bestehen können, sie gefährden die wirtschaftliche Stabilität. Der Zwang zum Energiesparen führt dagegen zu einer Modernisierung von Produktpalette und Produktionsverfahren.

Forschungs- und Investitionsmittel in die Atomenergie sind verschwendetes Geld. die Zukunft führt in die Einsparung von Energie und Rohstoffen, in die Abkopplung des Wirtschaftswachstums vom Energieverbrauch. Modern ist nicht die Atomkraft, sondern der Verzicht auf sie. Die Bundesregierung fördert mit ihrem Gerede von der "Option Kernkraft", "Inhärenten Kraftwerken" und dem "Standort Deutschland" bei den osteuropäischen Staaten den irrigen Eindruck, Atomenergie sei eine Spitzentechnologie, über die ein moderner Staat verfügen müsse. Die fatalen Pläne dieser Länder zum Ausbau der Atomenergie werden damit angeheizt, die Sicherheit Europas auf's Spiel gesetzt. Deutschland hat es in der Hand, mit einem Verzicht auf Atomenergie ein Beispiel zu geben und den Weg in die Zukunft zu weisen.

(-/22. April 1993/ks/ks)

Die Zeit der Sonntagsreden ist vorbei **Sportförderung unter veränderten Rahmenbedingungen**

Von Wilhelm Schmidt MdB

In der heutigen Zeit wird das Leben der Menschen (zumal der jungen Generation) mehr und mehr geprägt von individuell orientierter Konsum- und Bedürfnisbefriedigung, von starker Arbeitsbelastung bei den Arbeitenden, von immer größer werdender Arbeitslosigkeit und sozialen Belastungen (übrigens mit hohem Anteil bei Familien mit Kindern), von abnehmender Neigung zur Bindung in Gruppen und zum ehrenamtlich-gemeinnützigen Einsatz und schließlich von starken Einflüssen der Medien. Reichlich aus den Fugen geraten zu sein scheinen die gesellschaftlichen Orientierungen in Deutschland (aber auch im übrigen Europa) nach dem Wegfall der jahrzehntelang trennenden Grenzen zwischen Ost und West. Die damit verbundenen enormen Entwicklungsaufgaben rufen immer stärkere Emotionen hervor - im Osten fordert man (gemäß manchen unnützen Versprechungen) eine schnelle und wirksame Gangart, im Westen will man möglichst wenig Substanz dabei verlieren oder: Teilen fällt äußerst schwer.

Daß der Sport sich in einer solchen Zeit nicht auf einer Insel wähen kann, liegt auf der Hand. Allerdings kommt er besonders dort ins Gedränge, wo er nicht hinreichend auf seine positiven Wirkungen für die Menschen aufmerksam gemacht hat. Auf Bundesebene scheint ein solches unpolitisches Agieren über viele Jahre hinweg deshalb vorhanden gewesen zu sein, weil dort drastischere Kürzungen (die noch dazu über dem Maß der Kürzungen in anderen Bereichen des Bundeshaushalts liegen) vorgenommen werden als auf Länder- und Kommunalebene. Die Folge ist, daß jeder gekürzte öffentliche Zuschuß durch Eigenmittel oder private Zuwendungen ersetzt werden muß, wenn die sportliche Arbeit nicht reduziert werden soll:

Wenn dann nach Alternativen in der Wirtschaft Ausschau gehalten wird, so sind solche bei der gleichzeitig zu konstatierenden wirtschaftlichen Talfahrt kaum zu realisieren. Also bleiben die Eigenleistungen und die Eigenmittel des Sports. Natürlich gibt es hier noch manche Ressourcen. Nicht selten sind die Vereinsbeiträge und die Verbandsabgaben geradezu lächerlich im Vergleich zu dem,

was die Menschen sonst für ihr Freizeit- und Konsumverhalten auszugeben bereit sind. Dennoch darf niemand glauben, daß auf diesem Feld noch bedeutende Zuwächse zu realisieren sein werden.

Also: Es wird schwieriger. Das wissen die engagierten ehrenamtlich Tätigen im Sport schon seit einiger Zeit. Von der sportlichen Führungsebene wird dies - wie vorher schon angedeutet - allerdings nicht ausreichend und vor allem viel zu spät an die politische Führungsebene vermittelt. Nicht nur im Bund, sondern auch in vielen Städten wird zur Zeit "der Rückwärtsgang eingelegt" (wie Jochen Kühl vom DSB kürzlich schrieb).

Bei aller Mitverantwortung und bei allen Bemühungen um Ausweichlösungen darf dieser Trend nicht kampflos hingenommen werden. Darum plädiere ich - und dies nicht zum ersten Male - für eine Verschärfung der politischen Aktivitäten des Sports auf allen Ebenen. Jetzt stehen die Sonntagsreden der Kanzler, Ministerpräsidenten, Minister, Bürgermeister und ähnlicher Repräsentanten auf dem Prüfstand! Der Sport muß politischer (nicht parteipolitisch) werden.

In West- wie in Ostdeutschland muß eine wirksame Sportförderung stattfinden, die vor allem die Grundlagen der sportlichen Betätigung weiter Kreise der Menschen in unserem Lande sichert beziehungsweise herstellt. Sportstättenbau und Sportanlagen-Unterhaltung stehen dabei im Vordergrund, aber auch der Schulsport sowie der Ausbau ehrenamtlicher Tätigkeit. Ich plädiere noch einmal für eine Aufnahme des Sports als Staatsziel in die Landesverfassungen und für den Erlaß von Sportförderungsgesetzen, in dem die Länder für sich und die Kommunen eine Mindestsportförderung unabdingbar festsetzen und damit auch für den Sport eine noch größere Planungssicherheit herstellen. Schließlich muß trotz des Erfordernisses einer sauberen Rechnungslegung mancher bürokratische Unrat beseitigt werden.

Der Sport selbst hat gerade in schwierigen Zeiten - an deren Anfang wir erst stehen - seine Autonomie und seine Stärke unter Beweis zu stellen. Er muß im eigenen Umfeld ähnlichen Ansprüchen gerecht werden, wie sie als Forderung an die öffentlichen Partner formuliert werden. Auch im Sport wird mancher bürokratische Unsinn mit herumgeschleppt. Nicht immer verfügt der Sport über die notwendigen straffen Arbeits- und Entscheidungsstrukturen. Die Eigenleistungen müssen den gestiegenen Ansprüchen angepaßt werden.

Erst wenn der Sport selbst den veränderten Ansprüchen und Anforderungen nachzukommen bereit und in der Lage ist, wird er wirksam sein Wort im politischen Raum erheben können. Und darum muß es mehr als je zuvor gehen - nicht aus Prinzip, sondern wegen der vielen Menschen, die dies aus der Sache heraus von den Sportfunktionären erwarten können und dabei leider nicht selten enttäuscht werden (so daß parallel zu der allseits beklagten Politikverdrossenheit auch eine Funktionärsverdrossenheit zu spüren ist).

(-/22. April 1993/ks/ks)

Prestige und Werbung statt humanitäre Notwendigkeit Zum Einsatz der Bundeswehr in Somalia

Von Rudolf Binding MdB

Sprecher der Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre Hilfe der SPD-Bundestagsfraktion

Zu "humanitären Zwecken" soll die Bundeswehr in Somalia eingesetzt werden. Die Diskussion über die Verfassungsmäßigkeit des Bundeswehreininsatzes hat eine Erörterung der Frage, ob ein Einsatz der Bundeswehr zu humanitären Zwecken in Somalia in der geplanten Form und mit dem vorgesehenen Finanzaufwand auch zweckmäßig und humanitär notwendig ist, bisher verhindert. Auch beim Einsatz der Bundeswehr muß das Subsidiaritätsprinzip gelten. Es muß also geprüft werden, ob die bewährten Hilfswerke der zivilen und privaten Nothilfe aufgrund ihrer jahrzehntelangen Erfahrung und Tradition die erforderlichen humanitären Hilfs- und Aufbaumaßnahmen nicht wirksamer durchführen können.

Die Bundeswehr soll in Nord-Somalia eingesetzt werden, um ein Verteilungsnetz für Hilfs- und Nachschubgüter zu schaffen, zu unterhalten und sicherzustellen. Sie soll helfen, die Wasser- und Stromversorgung wieder herzustellen und die Infrastruktur bei Krankenhäusern und Straßen zu verbessern. Es muß bezweifelt werden, ob dies in der Nordregion Somalias die dringendsten Aufgaben sind und vor allem, ob diese Aufgaben nicht durch bewährte Entwicklungshelfer und Fachpersonal der humanitären Hilfsorganisationen mit größerem Erfolg unter Beteiligung der einheimischen Bevölkerung durchgeführt werden können.

In Somalia gibt es für den Transport von Hilfs- und Nachschubgütern im Raum Bosaso und Berbera eine ausreichende LKW-Flotte, die für Transportaufgaben angemietet werden kann. Erfahrungen humanitärer Hilfsorganisationen haben gezeigt, daß größere Mengen an Nahrungsmitteln mit LKWs auf Charterbasis nach Nord- und Zentral-Somalia gebracht werden konnten bei nur geringfügigen Verlusten. Die Wege seien relativ sicher. Für den Lufttransport gibt es auf dem Chartermarkt ein Angebot von relativ preisgünstigem Charterraum. Selbst für schwierige Flugaufgaben stehen etliche kleinere afrikanische Chartergesellschaften zur Verfügung.

Viele Menschen im Land sind arbeitslos. Für sie sind jetzt dringend "food-for-work"-Programme erforderlich. Unter Beteiligung der Einheimischen können in "food-for-work"-Programmen Straßen, Brunnen und Krankenhäuser gebaut werden. Mit einigen bewährten Entwicklungshilfe-Experten könnten solche Programme vorbereitet und durchgeführt werden.

In Not sind in Somalia viele Nomaden, die ihre Herden verloren haben, und die Produktion eigener Nahrungsmittel befindet sich in einer kritischen Lage. Hier kommt es darauf an, beim Aufbau eines neuen Tierbestandes zu helfen und die beginnende heimische Nahrungsproduktion zu fördern. Die aufkeimende heimische Landwirtschaftsproduktion darf nicht durch internationale Hilfe behindert werden, sondern es muß versucht werden, die selbst produzierte Ware verkäuflich zu machen.

Der genannten Probleme und Aufgaben haben sich in Somalia eine Reihe erfahrener Hilfswerke der zivilen und privaten Nothilfe angenommen. Neben dem UNHCR und dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes arbeiten aus Deutschland das THW, die Caritas, das Diakonische Werk, HELP, die Malteser, der Arbeitersamariterbund und die Welthungerhilfe. Diese Nichtregierungsorganisationen arbeiten mit einem Bruchteil der Kosten, die ein Bundeswehrangehöriger kosten dürfte. Etliche Mitarbeiter der Nichtregierungsorganisationen haben jahrzehntelange Erfahrungen beim Umgang mit Menschen in der Dritten Welt bei Hilfs- und Wiederaufbau-Programmen. Sie wissen, daß humanitäre Hilfe nur nachhaltig wirken kann, wenn die lokale Bevölkerung in den Hilfsregionen in die Entscheidungen und Durchführungsprozesse der Hilfsmaßnahmen einbezogen wird. Auf die Beteiligung der einheimischen Bevölkerung dürfte das Militär aufgrund seiner Befehlsstruktur gar nicht eingestellt sein.

Hauptengpassefaktor der humanitären Hilfe der privaten deutschen Hilfsorganisationen in Somalia sind derzeit die knappen Haushaltsmittel, die von der Bundesregierung für die humanitäre Hilfe in Somalia zur Verfügung gestellt werden. Während aus Geldmangel wichtige Programme und Projekte nicht durchgeführt werden können, sind für den Einsatz der Bundeswehr in Somalia (zunächst) 106 Millionen DM vorgesehen. Aus Mitteln der humanitären Hilfe des Auswärtigen Amtes sind in 1992 und 1993 bisher rund 40 Millionen DM für Somalia ausgegeben worden. Nimmt man alle Fördermittel aus dem Auswärtigen Amt, der Nahrungsmittelhilfe und dem deutschen EG-Beitrag zusammen, so sind bisher für 1992 und 1993 für humanitäre Zwecke in Somalia 123 Millionen DM verwendet worden. Es zeichnet sich ab, daß die 106 Millionen DM für den Bundeswehreinsatz nur eine begrenzten "humanitären Nutzwert" haben werden. Der Großteil dieses Geldes wird nicht der notleidenden und bedürftigen Bevölkerung in Somalia zugute kommen, sondern wird für die Finanzierung der Transport- und Logistikaufgaben der Bundeswehr draufgehen.

Bei dem Einsatz der Bundeswehr in Somalia geht es, so wie er derzeit konzipiert ist, mehr um Prestige und Werbung als um humanitäre Notwendigkeit. Die Bundeswehr begibt sich auf "Aufgabenklau" bei Arbeitsbereichen, die erfahrene Hilfswerke und entwicklungspolitische Einrichtungen aufgrund ihrer Erfahrungen nicht nur ebenfalls, sondern feinfühlicher und adoptierter durchführen können. Das Subsidiaritätsprinzip wird grob mißachtet.

(-/22. April 1993/ks/ks)
